

# Stadt Braunschweig

## Stellungnahme der Verwaltung

		<i>Fachbereich/Referat</i>	<i>Nummer</i>
		0100	11128/15
zur Anfrage Nr. 3585/15 d. Frau/Herrn/Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2015		Datum 02.06.2015	
		Genehmigung	
Überschrift <b>Fusionsdiskussion: Braunschweiger Absage an Peiner Initiative</b>		Dezernenten Dez. I	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 02.06.2015		

Die oben genannte Anfrage beantwortet die Verwaltung wie folgt:

### zu 1.

Es wäre nicht sehr sinnvoll, hier ein mehrseitiges Schreiben vorzulesen. Deshalb und weil der Empfänger des Schreibens den Inhalt auch bereits öffentlich gemacht hat, haben Sie unterdessen eine Kopie des Briefes als Mitteilung außerhalb von Sitzungen erhalten.

### zu 2.

In meinem Schreiben an den Landrat des Landkreises Peine habe ich ausdrücklich auf die Beschlusslage in Braunschweig hingewiesen. Unser Ziel ist eine große Region, die auch mit Zwischenschritten angestrebt wird.

Wie bereits im Ratsbeschluss Anfang 2014 festgestellt, erscheint eine große Region aufgrund der Widerstände im Umland derzeit nicht erreichbar. Und eine „Teilregion“ aus den Landkreisen Wolfenbüttel und Peine sowie der kreisfreien Stadt Braunschweig wäre kein geeigneter Zwischenschritt. Denn die Bildung weiterer Teilregionen, mit denen zusammen perspektivisch eine Grundlage zur Bildung einer großen Region gelegt wäre, ist nicht in Sicht. Für „Salzgitter/Goslar“ gibt es keinerlei Planung. Und aus Gifhorn wird immer wieder erklärt, dass es keine Fusion mit Wolfsburg und Helmstedt geben wird.

Kurz gesagt: Ein Zusammenschluss Braunschweig/Wolfenbüttel/Peine wäre eine Kommunalfusion ohne Regionsperspektive. Und eine solche Fusion hätte - das muss ich als Braunschweiger Oberbürgermeister ganz klar sagen - keinen erkennbaren Vorteil für unsere Stadt.

Braunschweig hat mit rund 250.000 Einwohnern die anerkanntermaßen richtige Betriebsgröße für eine kreisfreie Stadt.

zu 3.

Gespräche sind in den vergangenen Monaten zahlreich geführt worden. Weil man aber feststellen muss, dass weder eine Regionsbildung noch einzelne Kommunalfusionen vorankommen, habe ich dem Peiner Landrat vorgeschlagen, gemeinsam auf unsere Kollegen im Großraum Braunschweig zuzugehen, um bei den Landtagsfraktionen in Hannover in Sachen „Enquetekommission“ vorstellig zu werden.

Außerdem sind wir in Sachen „Stärkung des ZGB“ in die richtige Richtung unterwegs. Wir bereiten derzeit eine Stellungnahme zu den Vorschlägen im Bogumil-Gutachten vor. Mit dieser Stellungnahme soll möglichst bald der VA befasst werden. Sobald die Landesregierung einen Gesetzgebungsprozess startet, werden wir dann noch ausgiebig die Möglichkeiten haben, unsere Positionen einzubringen.

gez.

Markurth